

## Der Krieg und die Industrie.

⚡ Berlin, 4. Februar. (Telegr.)

Der Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses erörterte die Einwirkungen des Krieges auf die Industrie. Bericht-erstatte Abg. Hirsch (Essen) führte aus: So, wie im vergangenen Jahre das Gesamtbild unserer gewerblichen Tätigkeit von ihm dargestellt sei, zeige es sich auch heute noch. Der Krieg habe auch in seinem weitern Fortgang unsere wirtschaftliche Kraft und Leistungsfähigkeit nicht zu erschüttern vermocht. Wie auf dem Gebiete der Volksernährung, so sei auch auf industriellen Gebiete, auf dem Gebiet der Versorgung von Heer und Bevölkerung mit Munition, Ausrüstungsgegenständen und Bedarfsartikeln aller Art, dank der Leistungsfähigkeit unserer gewerblichen Tätigkeit, keine Lücke eingetreten. Der Versuch Englands, unsere Gewerbetätigkeit durch Abschneiden der Rohstoffzufuhr zum Erliegen und damit Heer und Volk in schwere Bedrängnis und Not zu bringen, sei dank dem deutschen Gewerbestreben, der auf Wissenschaft und Technik gestützt, alle Kräfte angespannt, zuhintergeblieben. Selbstverständlich: ohne Schwierigkeiten und Schädigungen sei es nicht abgegangen. Mancher Einzelbetrieb, mancher Industriezweig habe schwer gelitten. Die Gewerbebranche aber, auf die es jetzt ankomme, hätten sich in ihrer Leistungsfähigkeit für Heer und Volk zu erhalten gewußt. Sie ständen da als feste wirtschaftliche Stützen unserer militärischen Kraft, die im Verein mit der Landwirtschaft, der Trägerin unserer Volksernährung, den militärischen Operationen denjenigen Rückhalt gäben, der die Durchführung des Krieges bis zum siegreichen Ende verbürgt. Daß diese Wechselbeziehungen beständen, daß die möglichst umfassende Aufrechterhaltung unserer wirtschaftlichen Tätigkeit — vornehmlich des Kohlenbergbaues, der Eisenindustrie, der Sprengstoffindustrie, aber auch anderer Industriezweige — im engsten Zusammenhang steht mit dem Durchhalten und den Erfolgen unserer Truppen im Felde, darüber dürfe heute völlige Übereinstimmung herrschen auch in solchen Kreisen, die für diese Auffassung früher weniger zugänglich gewesen waren. Wenn dem aber so sei, so ergebe sich daraus mit zwingender Notwendigkeit, daß bei allen Maßnahmen, die zur Weiterführung unserer kriegerischen Operationen getroffen werden sollen, erwogen werden müsse, ob sie nicht geeignet erschienen, die Leistungsfähigkeit oder gar die Aufrechterhaltung derjenigen Industriezweige zu gefährden, die im Interesse der Durchführung unserer militärischen Operationen einerseits und der Bevölkerung hinter der Front andererseits Leistungs- und lieferungsfähig bleiben müßten. Mit andern Worten: was für die Landwirtschaft gelte, die für die Ernährung von Heer und Volk zu sorgen habe, nämlich, daß sie in der Lage bleiben müsse, die notwendigen Nahrungsmittel pflanzlicher und tierischer Art zu erzeugen, das gelte auch für die Gewerbetätigkeit. Auch ihr dürfe es nicht, direkt oder indirekt, unnötig erschwert oder gar unmöglich gemacht werden, die ihr im Rahmen unserer Volkswirtschaft obliegenden Aufgaben zu erfüllen, und dasjenige an Waffen und Munition, an Ausrüstungs- und Bedarfsartikeln aller Art zu erzeugen, was für Heer und Volk notwendig ist. Daß dies alles unter den Hauptgesichtspunkt der Erhaltung der Kraft und Schlagfertigkeit unseres Heeres zu stellen sei, bedürfe keiner weitern Auseinandersetzung.

Die Dinge, um die es sich vorzugsweise für unsere Gewerbetätigkeit handle, seien Beschaffung der Rohstoffe, Fürsorge für die möglichst Aufrechterhaltung des Absatzes, insbesondere auch der Ausfuhr, und Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der einzelnen, namentlich der für Kriegslieferungen beschäftigten Gewerbebranchen bei Einziehung von Mannschafteinsatz. Der Redner erörtert die Maßnahmen, die zur sachgemäßen Einteilung und Verteilung der vorhandenen und herbeigeschafften Vorräte an Rohstoffen getroffen sind. Diese Maßnahmen seien in vielen Fällen, namentlich bei den Beschlagnahmen, für die beteiligten Kreise wenig bequem gewesen, hätten aber im großen ganzen zum Ziele geführt. Technik und Wissenschaft hätten dabei tatkräftig eingegriffen, so daß man heute sagen könne, daß wir in allen wirklich unentbehrlichen Rohstoffen versorgt seien und ein irgendwie bedenklicher Mangel nicht eintreten könne. Für manche Stoffe sei unter dem Druck der Zwangslage Ersatz geschaffen, der uns in Zukunft in verschiedenen Punkten vom Auslande unabhängiger stellen werde, als wir es vor dem Kriege gewesen seien.

Zu den Beschlagnahmen spricht der Redner den Wunsch aus, daß unnötige Härten vermieden werden möchten, insbesondere auch solche, die geeignet erschienen, die Wiederentfaltung der betreffenden Industriezweige nach dem Kriege zu beeinträchtigen oder gar unmöglich zu machen. Er äußerte ferner den Wunsch, daß bei den Beschlagnahmen für militärische Zwecke das Augenmerk in erster Linie gerichtet werden möge auf feindliche und besetzte Gebietsteile. Rücksicht möge, wo sie geboten erscheine, auch in Feindesland geübt werden, aber in keinem Falle auf Kosten des deutschen Volkes.

Zur Ausfuhr führte der Bericht-erstatte aus, daß, wenn auch unser ganzes Wirtschaftsleben sich unter dem Druck der Verhältnisse mehr und mehr auf die Versorgung des Inlandsmarktes unter Einfluß des Heeres eingestellt habe, doch noch mancher Betrieb und Industriezweig vorhanden sei, für den zu seiner Aufrechterhaltung und zur Aufrechterhaltung seiner Leistungsfähigkeit, eine, wenn auch beschränkte Arbeit, für den Auslandsmarkt von Bedeutung sei, von der politischen und finanzpolitischen Bedeutung der Erhaltung der Ausfuhr ganz abgesehen. Die Ausfuhrfrage sei nicht einfach damit abzutun, daß man sage, für die Ausfuhr zu arbeiten sei unter den heutigen Verhältnissen nicht notwendig, und wer das tue, der zeige damit, daß er noch Arbeiterüberfluß habe. Aber eins könne man sagen und müsse man sagen: daß die Ausfuhr von Erzeugnissen der deutschen Gewerbetätigkeit, soweit dadurch nicht dem feindlichen Auslande direkt oder indirekt Kriegsbedarf zugeführt werde, oder eine Beeinträchtigung des Inlandsbedarfs bzw. eine Verminderung der notwendigen Reservebestände statfinde, nach Möglichkeit gefördert werden müsse, und zwar im Interesse der möglichst umfassenden Erhaltung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowohl als auch der Besserung unserer noleidenden Valuta. Ausfuhr sollte, immer unter Beobachtung jener Gesichtspunkte, nach Möglichkeit auch da statfinden, wo sie, z. B. bei der Versorgung der Neutralen mit gewissen Waren, uns politische Vorteile oder Vorteile allgemeiner Art einbringe. Bei der Erledigung von Ausfuhrgelegenheiten empfahl er den beteiligten amtlichen Stellen möglichst Beschlagnahme. Im Zusammenhang mit der Ausfuhrfrage vertrat der Bericht-erstatte auch auf die Notwendigkeit, auf dem Gebiete der Beschaffung von Transportmitteln ganz Außergewöhnliches zu tun, damit die deutsche Gewerbetätigkeit und der deutsche Handel in der Lage seien, den nach dem Kriege herantretenden Ansprüchen zu genügen.

Zur Arbeiterfrage betonte der Redner die Notwendigkeit, unbeschadet der Wahrung der rein militärischen Interessen der Gewerbetätigkeit und insbesondere den Zweigen, die für die Ausrüstung des Heeres wie für die Ernährung tätig sind, diejenigen Arbeitskräfte zu belassen, die zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit jener Zweige notwendig sind. Hier müsse der Zusammenhang der Dinge, die an der Front vor sich gehen, und der Dinge, die hinter der Front sich abspielen, sowie das Verständnis für diesen Zusammenhang immer gewahrt bleiben. Das schließe nicht aus, daß scharf geprüft werde, ob nicht Verschwendung mit Menschenkraft statfinde. Dringend erforderlich sei sowohl bezüglich der Beschlagnahme als auch bezüglich der Einziehung von Mannschaften, daß Maßnahmen ergriffen würden, welche Willkürlichkeiten vorbeugen und Einheitslichkeit des Vorgehens in den Bezirken der verschiedenen Generalkommandos verbürgten. Der Bericht-erstatte besprach alsdann die Verhältnisse in einigen Hauptindustriezweigen, insbesondere in dem Kohlenbergbau und der Eisenindustrie. An seine Ausführungen knüpfte sich eine ausgedehnte Erörterung, in der eine große Reihe von Einzelfragen besprochen wurde. Unter anderm wurde behandelt: Stand der Förderung und des Absatzes, Änderung der Zusammensetzung der Belegschaften unter der Einwirkung des Krieges, Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Arbeitern, Arbeitszeit und Über- und Nebenschichten, Selbstkosten, Preis und Lohnfragen, Stellungnahme der Arbeiterorganisationen, Wiederbelebung der gewerblichen Tätigkeit nach dem Kriege. An den Erörterungen beteiligten sich Mitglieder sämtlicher Parteien wie auch Vertreter der Regierung. Übereinstimmend wurde der Ansicht und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die in der Zeit der kriegerischen Not-

wendigkeiten zugelassene und durch sie bedingte ausgedehntere Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter, wie überhaupt die Vorschriften, durch welche die einschränkenden Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Arbeitern und Arbeiterinnen gegen früher wesentlich erweitert worden sind, aufgehoben werden möchten, sobald die Ursachen in Fortfall gekommen sein werden.